

Referat Natur & Umwelt im Jahr 2011

Im Jahr 2011 hat das Referat Natur & Umwelt **insgesamt 1028** Verfahren inklusive Strafverfahren bearbeitet. Somit ergibt sich ein Rückgang gegenüber dem Jahr 2010.

Die Zahl der Neuverfahren ist gegenüber dem Jahr 2010 leicht gesunken; im Jahr 2011 wurden 880 Neuverfahren eingeleitet.

Der Großteil aller Neuansuchen wurde durchschnittlich innerhalb eines Zeitraumes von zwei Monaten erledigt.

Die Schwerpunkte der Verfahren hat sich 2011 leicht geändert es wurden mehr wasserrechtliche (257) als jagd- und fischereirechtliche (250) Verfahren abgewickelt. Im übrigen sind die Zahlen im naturschutzrechtlichen (208), im forstrechtlichen (124), und im abfallrechtlichen (70) Bereich leicht gesunken. Die übrigen Verfahren beziehen sich auf untergeordnete Materien, wie Energierrecht, Bergwacht, Pflanzenschutz, usw.

Im Jahr 2011 legten 65 BürgerInnen die Jungjägerprüfung ab. Diese wurden in den obigen Ansuchensschwerpunkten nicht berücksichtigt.

Zusätzlich zu den eingereichten Ansuchen wurden zahlreiche Projektvorbereitungen und Vorbegehungen durchgeführt sowie Anfragen zu verschiedensten Themen bearbeitet. Durch den Informationsaustausch im Vorfeld geplanter Maßnahmen werden die Verfahrensabläufe positiv beeinflusst. Dies bringt sowohl für die AntragstellerInnen als auch für die Behörde wesentliche Erleichterungen.



Landschaftsschutzgebiet Mösli im Gemeindegebiet von Flirsch

Aufgefallen ist, dass der Bedarf an Beratungsgesprächen vor allem im wasserrechtlichen Bereich stark gestiegen ist. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Wasserrechte in den letzten Jahren wieder mehr an Bedeutung gewonnen haben.

Strafverfahren und Baueinstellungen

Im Jahr 2011 wurden 148 Strafverfahren eingeleitet. Somit ergaben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber den Vorjahren. Die meisten Strafverfahren wurden wegen Übertretungen des Naturschutzgesetzes, des Abfallwirtschaftsgesetzes und des Wasserrechtsgesetzes eingeleitet.

Im Jahr 2011 kam es zu 13 behördlich verfügten Einstellungen oder Behandlungsaufträgen von gesetzten Maßnahmen im Umweltbereich. Der Hauptgrund dafür war, dass eine entsprechende Bewilligung für das Vorhaben nicht vorgelegen ist.

Mag. Loidhold Eva
Referat Natur & Umwelt
Landeck, 17.01.2012